

Wien, am Freitag, den 22. Februar 1929 Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 22. Februar 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Anlässlich des Weihnachtstages 1928 sind zugunsten der Pflinglinge in den verschiedenen städtischen Wohlfahrtsanstalten von gewerblichen Genossenschaften, Verbänden, Vereinen, Firmen und Privatpersonen namhafte Spenden in Geld, Rauchwaren und Naturalien eingelangt. Zur Linderung der durch die gegenwärtige Kältekatastrophe verursachten Not haben gespendet: Der Vollzugsausschuss der Zentralsparkasse 100.000 Schilling, der Verwaltungsrat der Teerag A.G. 10.000 Schilling, die Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt 3.000 Schilling, die Gerngross A.G. 2500 Schilling, die Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie 5000 Schilling, die städtische Versicherungsanstalt 50.000 Schilling, die Wiener Plakatierungs A.G. "Wipag" 10.000 Schilling, die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft 5000 Schilling, ein ungenannter Spender 500 Schilling und Rechtsanwalt Dr. Siegmund Schorn 100 Schilling. Ferner haben das ägyptische Konsulat 250 Kilogramm Frühgemüse und die Wiener öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft "Wök" 2000 Menüanweisungen gespendet. Der Gemeinderat spricht den Spendern den Dank aus. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen angenommen. Der Wiener Dombauverein wird mit 5000 Schilling subventioniert, die Freiwillige Feuerwehr Mauerbach mit 400 Schilling, die Lehrer Arbeitsgemeinschaft Lichtbild mit 10.000 Schilling und die Erste österreichische Krüppelarbeitsgemeinschaft mit 2000 Schilling. Für den Albrecht Dürerbund wird ein Ehrenpreis von 500 Schilling bewilligt, als Beitrag zur Deckung der Kosten der Beethoven Zentenarfeier widmet die Gemeinde 19.480 Schilling. Für die städtischen Elektrizitätswerke wird zur Anschaffung von rund 40.000 Elektrizitätszählern, Zeitschaltern und Schaltuhren ein Sachkredit von 2.000.000 Schilling genehmigt. Schliesslich werden ohne Debatte Realitätenankäufe und die Abänderung des Generalregulierungsplanes beschlossen.

Dem Gemeinderat liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor. Der Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Rummelhardt verlangt, dass schleunigst alle Massnahmen zur Freimachung der Strassen Wiens vom Schnee getroffen werden, insbesondere aber in erster Linie veranlasst wird, dass bei den Strassenübergängen der Schnee beseitigt und die Rinnaale und Kanalöffnungen zur Ableitung des Schneewassers bei Tauwetter freigemacht werden. Der zweite Dringlichkeitsantrag ist von den Gemeinderäten Pfeiffer und Dr. Wagner eingebracht. Er verlangt, dass sofort ein

Bericht erstattet werde, aus welchen Gründen die Kohlenvorräte für die städtischen Unternehmungen und Anstalten so geringfügig waren, dass schon nach kurzer Dauer der gegenwärtigen Kälteperiode zu weitgehenden Einschränkungen des Betriebes geschritten werden musste.

Bürgermeister Seitz teilt dann mit, er habe verfügt, dass von den amtsführenden Stadträten, die gewisse besondere Vorkehrungen anlässlich der Kältekatastrophe treffen mussten, über ihre Tätigkeit dem Gemeinderat ein Bericht erstattet wird.

Zunächst berichtet amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler über die Kältemassnahmen. In jedem Winter werden die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um die Menschen vor Kälte und Not zu schützen. Deshalb ist auch in jedem Budget für solche Massnahmen vorgesorgt. Von Bedeutung sind da die von der Gemeinde jährlich durchgeführte Kohlenaktion und die Bereitstellung von einer Million Schilling für ausgesteuerte Arbeitslose. Diesen Winter hat die Gemeinde in den verschiedenen Anstalten nicht weniger als 22.474 Betten und ausserdem die Betten im Obdachlosenheim. In der freien Fürsorge stehen 58.000 Menschen, von denen 40.000 den Erhaltungsbeitrag beziehen. Ueber 17.000 Kinder stehen im normalen Bezug des Pflegebeitrages. Die Gemeinde hat also rund 80.000 Menschen in ihrer Fürsorge. Dazu kommen noch gegen 3200 Menschen, die im Obdachlosenheim und in den Wärmestuben betreut werden. Alle Anstalten waren mit Kohle ausreichend versorgt und es war in keiner Anstalt notwendig, zu irgendwelchen besonderen Massregeln zu greifen. Ueberaus gross war auch das Arbeitsfeld für die Gemeinde in der offenen Fürsorge. Während sonst im ganzen Jahr 150 Waggons Brennstoff verteilt werden, wurden jetzt schon nicht weniger als 246 Waggons ausgegeben. In früheren Jahren wurden rund 75.000 Kohlen und Holzanweisungen ausgegeben. Heuer schon gegen 133.000. Während der Geldaufwand dafür normaler Weise 100.000 Schilling beträgt, sind die Kosten für die heurige Aktion schon über 200.000 Schilling gestiegen. Eine weitere Aktion im Rahmen der Fürsorge ist die Verteilung von warmen Speisen, die Sommer und Winter durchgeführt wird. Während im vergangenen Jahr 65.000 Mahlzeiten ausgegeben wurden, von Neujahr bis heute schon 36.000 ausgegeben. Die Sachaushilfen sind verschiedener Art. Im Winter 1927/28 wurden zum Beispiel 2000 Lebensmittelpakete zu je 5 Kilogramm ausgegeben. In den letzten 7 Wochen nicht weniger als 7500. Diese Aktion ist ausserordentlich wirksam, die Verteilung der Lebensmittelpakete obliegt den Fürsorgeinstituten. Eine andere Sachaushilfe ist die Ausgabe von Schuhen. Während sonst im ganzen Jahr 4000 Paar Schuhe ausgegeben wurden, wurden heuer schon 6300 Paar verteilt. Der Geldaufwand steigerte sich von 62.000 Schilling auf 107.000 Schilling während der Geldaufwand für Kälteschutzmittel normaler Weise zehntausend Schilling beträgt, wurden heuer dafür schon 93.000 Schilling ausgegeben.

An Geldaushilfen wurden gegenüber 25.799 Schilling die in den ersten 20 Tages des Monats Februar 1928 ausgegeben wurden, in der gleichen Zeit des heuriger Jahres 45.012 Schilling verausgabt. Während diese Aushilfen sonst nur auf Grund genauer Rescherchen erteilt werden wurde den Fürsorgeinstituten heuer nahegelegt, bei diesen Rescherchen etwas nachlässiger zu sein und tatsächlich haben diese Institute bei den Aushilfen ein Auge zugedrückt. Nach einem Bericht der Fürsorgeinstitute ist dort niemand weggegangen, der nicht eine Unterstützung bekommen hätte. Obwohl der Apparat dieser Institute sehr empfindsam ist, hat es keinen besonderen Andrang und keine besonderen Aufträge gegeben, ein Beweis dafür, wie gut dieser Apparat funktioniert. Während im vergangenen Jänner 568 Ueberstellungen von Kindern in die Kinderübernehmestelle erfolgte waren es im Jänner dieses Jahres 727 und im Februar bis heute 400 während in der gleichen Zeit des Vorjahres 326 Ueberstellungen erfolgten. Mit gerechtem Stolz kann es uns erfüllen, dass die Kinderübernahmestellen trotz der grossen Infektiosität klaglos funktioniert haben. Stadtrat Tandler berichtet sodann über die Fürsorge für Obdachlose. Wir haben alljährlich die Zahl der Obdachlosenbetten vermehrt. Es sind jetzt 2400. Dabei ist interessant, dass die Zahl der Obdachlosen, die die Heime aufsuchen geringer ist, als die Zahl der Betten, die wir zur Verfügung stellen können. Freie Betten waren auch während der grössten Kälte vorhanden. In der letzten Nacht waren zum Beispiel 67 Betten nicht besetzt. Die Bundesbahnverwaltung hat uns in dankenswerter Weise eine Beraake mit 200 Betten für Obdachlose freigemacht, aber auch dort sind ununterbrochen Betten frei. Wir wären heute noch immer im Stande im Bedarfsfall 100 bis 150 Notbetten in leeren Räumen aufzustellen. Wir haben vom Dezember an die Zahl der Stunden, an denen die Obdachlosen im Heime bleiben können vermehrt. Schliesslich sind wir dazu gekommen, dass das Obdachlosenheim der grössten Teil des 24stundentages offen ist. Auch die Aufenthaltsdauer in der Wärmestuben haben wir so verlängert, dass die Betriebsdauer von 11 Uhr bis 11 Uhr vormittags läuft. Aber auch hier ist der Besatz nicht zu gross. Wir mussten zum Beispiel in der Wärmestube im X. Bezirk die Räume im Stockwerk schliessen, da diese Räume nicht benützt wurden. Daneben haben wir eine Wärmestube am Vogelweideplatz für den Tag errichtet, die von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends geöffnet ist und nahezu ausnahmslos von Obdachlosen benützt wird. Die Gemeinde zahlt ferner allen in Bezug einer Pfründe stehenden Personen eine einmalige Aushilfe von zehn Schilling. Da dies rund 40.000 Menschen sind, geben wir dafür 400.000 Schilling aus. Die Kohlennot hat insbesondere unsere Fürsorge für die Kinder arg bedroht, wir waren gezwungen die Schulen zu sperren, haben aber eine ganze Anzahl von Schulen offener gelassen. Wir haben vom Dezember an die Zahl der Stunden, an denen die Obdachlosen im Heime bleiben können vermehrt. Schliesslich sind wir dazu gekommen, dass das Obdachlosenheim der grössten Teil des 24stundentages offen ist. Auch die Aufenthaltsdauer in der Wärmestuben haben wir so verlängert, dass die Betriebsdauer von 11 Uhr bis 11 Uhr vormittags läuft. Aber auch hier ist der Besatz nicht zu gross. Wir mussten zum Beispiel in der Wärmestube im X. Bezirk die Räume im Stockwerk schliessen, da diese Räume nicht benützt wurden. Daneben haben wir eine Wärmestube am Vogelweideplatz für den Tag errichtet, die von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends geöffnet ist und nahezu ausnahmslos von Obdachlosen benützt wird. Die Gemeinde zahlt ferner allen in Bezug einer Pfründe stehenden Personen eine einmalige Aushilfe von zehn Schilling. Da dies rund 40.000 Menschen sind, geben wir dafür 400.000 Schilling aus. Die Kohlennot hat insbesondere unsere Fürsorge für die Kinder arg bedroht, wir waren gezwungen die Schulen zu sperren, haben aber eine ganze Anzahl von Schulen offener gelassen.

um den Kindern Schutz vor der Kälte zu bieten. Rund 4000 Schulkinder haben von dieser Institution in den ersten Tagen Gebrauch gemacht. Seither ist die Zahl gestiegen. Die Kindergärten konnten alle im Betrieb gehalten werden. In 16 Kindergärten haben wir einen Tag- und Nachtbetrieb und einen Betrieb an Sonntagen eingeführt. Diese Institution wurde schon am ersten Tag von 236 Kindern frequentiert, seither ist die Zahl der Kinder gestiegen. Den Kindern wird Frühstück, Mittag- und Nacht Mahl gegeben. **Rund 500 Kinder** haben über die Zahl der normalen Auspeisungen in den Kindergärten ihre Mahlzeit bekommen. Wenn man bedenkt, dass wir rund 16.000 Kinder auspeisen und dass wir in diesen Tagen der Not ohne Recherchen jedes Kind, dass sich zur Mahlzeit eingefunden hat, gefüttert haben, kann man wohl sagen, dass in Wien kein Kind gehungert hat. In diesen Zeiten war es auch die Aufgabe der privaten Fürsorge ihr Höchstes zu leisten und die private Fürsorge hat sich in diesem Fall der Not wie in früheren Notfällen bewährt. Ueberall wo wir der privaten Fürsorge helfen konnten, haben wir das getan. Von den dem Bürgermeister zugegangenen Spenden wurden besonders in Anspruch genommene Organisationen beteiligt. Stadtrat Tandler stellt abschliessend fest, dass die Fürsorge der Gemeinde Wien in diesen Zeiten der grössten Beanspruchung ihr möglichstes geleistet hat. Man vergesse nicht, dass trotz der ungeheuren Kälte und trotz der Mängel sozialer Natur in Wien kein Mensch erfroren ist. Der Fürsorgeapparat hat in diesen schweren Zeiten nahezu klaglos funktioniert und wir haben allen Grund auf den Fürsorgeapparat der Stadt Wien stolz zu sein (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Vizebgm. Emmerling berichtet nun eingehend über die Kohlenvorsorge der Gemeinde. Wenn der Gemeinde in dem Dringlichkeitsantrag vorgeworfen wird, sagt Vizebgm. Emmerling, dass keine entsprechende Vorratswirtschaft getrieben wurde, so geht dieser Vorwurf vollständig daneben. Schon im Oktober waren die notwendigen Kohlenvorräte vorhanden. Gas- und Elektrizitätswerke waren immer für mindestens drei Wochen eingedeckt. Man muss sich vor Augen halten, um welche gewaltige Mengen von Kohle es sich da handelt. Die Gaswerke brauchen täglich ungefähr 280 Waggons und die Elektrizitätswerke 160 Waggons Kohle. Man kann sich schon einen Begriff davon machen, wenn diese zwei Werke, die zusammen täglich 440 Waggons Kohle brauchen für drei Wochen eingedeckt sind, was für eine gigantische Kohlenmenge da vorrätig ist. Wir haben auch Wasserkraftwerke. Mit Ausnahme von Gaming haben sie nahezu völlig infolge der grossen Kälte versagt. Wir haben in der Zeit vom 1. Jänner bis 15. Februar 1928 rund 14 Millionen Kilowattstunden elektrischen Strom aus den Wasserkraftwerken bekommen, während heuer in der gleichen Zeit nur rund zehn Millionen verzeichnet wurden. Dieser

Ausfall kostete dem Elektrizitätswerk 6000 Tonnen Kohle. In der erwähnten Zeit ist heuer der Stromverbrauch von 76 Millionen auf 87 Millionen Kilowattstunden gestiegen. Die Ebenfurtehr Kraftwerke lieferten um 5'2 Millionen Kilowattstunden weniger, weil infolge des Frostes das entsprechende Kühlwasser nicht vorhanden war. Die Folge war, dass die Wiener Werke um 25.000 Tonnen mehr Kohle benötigten. Es muss hervorgehoben werden, dass beim Gaswerk trotz des von 940.000 Kubikmetern auf 1'2 Millionen gestiegenen Verbrauches, überhaupt keine Einschränkung erfolgte. Beim Elektrizitätswerk wurde die Reklamebeleuchtung eingestellt. Das war alles, denn die Stromlieferung an die Industrie bis 15 Uhr kann nur als ein Akt besonderer Vorsicht bezeichnet werden. Von Dienstag an wird auch diese Einschränkung für die Industrie aufgehoben werden. Im Laufe der nächsten Tage werden auch die Schulen wieder geöffnet werden. Schon das zeigt klar, dass die Kohlenwirtschaft der Gemeindeverwaltung keinen Anlass zur Klage geben kann. Die Gas- und Elektrizitätswerke haben ihre Beamten nach Deutschland und nach Ostrau geschickt, damit sie unmittelbar dafür sorgen, dass Kohle für uns verladen wird. Wir haben auch die Nachricht, dass 4400 Tonnen Ruhrkohle für uns verladen werden. Die Aufgabe, die zu lösen war, wurde noch dadurch erschwert, weil in der Zeit der grössten Kohlenknappheit, sowohl beim Gas- als auch beim Elektrizitätswerk der Konsum um mehr als zwanzig Prozent gestiegen ist. Auch die Strassenbahn und Stadtbahn, die 290.000 Kilowattstunden täglich benötigen, wurden klaglos beliefert. Mit Ausnahme einiger kaum ins Gewicht fallender Einschränkungen, wurde der Betrieb der Strassenbahn voll aufrecht erhalten. Was an Sparmassnahmen verfügt werden musste, bedeutete keinerlei Störung des Wirtschaftslebens, sondern war ein Gebot der Vorsicht, die in solchen ersaten Situationen unerlässlich ist. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

St. R. Richter beschäftigt sich nun eingehend mit der städtischen Schneesauberung. Er stellt zunächst fest, dass seit Menschengedenken noch nie derartige Schneemengen in Wien verzeichnet wurden. Seit 16. Dezember haben wir ununterbrochen Schnee. Es ist bis heute noch nicht gelungen, diese ungeheuren Schneemassen aus den Strassen zu entfernen. Die Gemeinde hat im Winter 1927/28 rund 1'3 Millionen Schilling an Schneearbeiterlöhnen ausgegeben. Heuer aber bereits 2'2 Millionen Schilling. Dabei sind die Ausgaben der Strassenbahn gar nicht berücksichtigt. Die Kosten der Schneeabfuhr haben im vorigen Winter 461.000 Schilling betragen heuer sind es schon 1'7 Millionen. Zusammen mit der Strassenbahn wurden an manchen Tagen mehr als 20.000 Arbeitslose als Schneearbeiter beschäftigt. Auch der technische Apparat wurde gewaltig in Anspruch genommen. Es mussten Bauernfuhrwerke aus der Umgebung Wiens zur Schneeabfuhr herangezogen werden. Zum Ziehen der Schneepflüge wurden 2700 Paar Pferde verwendet und bei der Schneeabfuhr 1365 Paar. Dazu kommen noch die Autoschneepflüge. Schliesslich scheidert aber di

verstärkte Schneeabfuhr an der Aufnahmefähigkeit der Kanäle. Infolge des in solcher Stärke /noch nie verzeichneten Frostes wurde die Stadt von einer argen Wassernot bedroht. Das verhinderte die Durchspülung der Kanäle. Wir sind heute vielfach schon so weit, dass die Schächte verstopft sind. Ungeheure Mengen von Salz müssen in die Kanäle geschüttet werden, um die Verstopfung zu beheben. Aber das dauert immer 24 Stunden. Das sind Schwierigkeiten, gegen die es kein Mittel gibt. Wir haben aber in allen Verkehrsstrassen den Schnee weggeräumt (Widerspruch bei der Minderheit). Gewiss, die wichtigsten Verkehrsstrassen sind schneefrei. In den Nebengassen können wir vorläufig nichts tun, weil wir gar nicht wissen, wohin mit dem Schnee. Man wird noch einige Zeit damit rechnen müssen, dass diese sehr unangenehm empfundene schlechte Beschaffenheit der Strassen andauert. Wir sorgen jetzt dafür, dass bei eventuell eintretenden Tauwetter das Wasser in die Kanäle abfliessen kann, machen die Rinnsale frei und auch die Kanalöffnungen. Wir haben heuer auf dem Gebiet der Schneesäuberung mehr getan als je auf diesem Gebiet geschehen ist. Es ist selbstverständlich, dass alles aufgewendet werden wird, um sobald als nur möglich die Strassen rein zu bekommen. (Beifall bei der Mehrheit).

Bürgermeister Seitz regt an, dass die beiden Dringlichkeitsanträge, zu denen die Referenten jetzt ausführlich Stellung genommen haben, gleich zur Debatte gestellt werden.

GR. Rummelhardt (E.L.): Wir haben gegen die Anregung des Bürgermeisters nichts einzuwenden, müssen aber feststellen, dass wir diese Rechtfertigungsversuche der Stadträte nicht gehört hätten, wenn wir nicht die Dringlichkeitsanträge eingebracht hätten.

Bürgermeister Seitz: Ich habe diese Referate schon am Mittwoch auf die Tagesordnung gesetzt. Ich konnte damals nicht wissen, dass Sie heute Dringlichkeitsanträge einbringen werden. Die Tatsache, dass heute im Gemeinderat über die Vorkehrungen der Gemeinde aus Anlass der Kältekatastrophe berichtet werden wird, haben am Donnerstag alle Blätter gemeldet.

GR. Rummelhardt: Das ist uns nicht bekannt. Auch an den Mitteilungen Professor Tandlers ist manches zu besprechen. Mir wurde mitgeteilt, dass Obdachlose in der Armestube Diesterweggasse auf den Steinen schlafen mussten. Wenn also Betten frei sind, warum lässt man diese armen Teufeln auf den kalten Steinen übernachten. Es ist auch das Wort des Herrn Bürgermeisters unrichtig, der es sagt hat, dass es in Wien kein hungerndes Kind gibt. Es gibt in Wien viele hungernde Kinder. Auch werden unsere Wohnungen von Bettlern, von Hungernden, Armen und Elenden überlaufen. Das Elend verschulden nur Sie. Durch Ihr Verharren in der Mieterfrage schaffen Sie Unterstandslosigkeit. Sie erzeugen systematisch Arbeitslosigkeit, weil die Betriebe die Gemeindesteuern nicht mehr ertragen können.

Unter solchen Umständen nützen alle Fürsorgemassnahmen nichts. Es wäre höchste Zeit, solche Zustände zu schaffen, dass die Bevölkerung Arbeit hat und an der Arbeit genügend verdient. Nicht nur die Kälte allein ist an der Not schuld, dazu haben auch die wirtschaftliche Not und Ihre Verwaltung das ihrige beigetragen. Eine gesunde Wirtschaft und eine vernünftige Steuerpolitik wären die dringendsten Massregeln, alles andere sind nur momentane Einrichtungen. Wie man hört, sind die Wärmestuben vollgepfropft und es herrscht dort eine Atmosphäre, die die Leute nicht aushalten können. Wie so es bei einer solchen Ueberfüllung der Wärmestuben kommt, dass in den Obdachlosenheimen Betten frei sind, ist unverständlich. Eine schwere Anklage gegen Sie ist die Tatsache, dass die Leute in den Wärmestuben auf dem blossen Steinboden schlafen müssen. Die Kohlenverteilung war bei einer solchen Kälte, wie wir sie gehabt haben, eine ganz unzulängliche. Dass die Leute trotz der Kohlenanweisung keine Kohle bekommen haben, daran sind ebenfalls Sie schuld, weil Sie die rechtzeitige und genügende Einlagerung der Kohle versäumt haben. Was Sie in den Kriegsjahren von Bürgermeister Weiskirchner verlangt haben, haben Sie jetzt selbst versäumt. Sie haben weder entsprechende Kohlenlagerplätze geschaffen noch kommunale Kohlenabgabestellen errichtet. Es hätte überhaupt kein Kohlenmangel eintreten müssen, wenn Sie nicht die Arbeiter in Ebenfurth gekündigt hätten, denn in Ebenfurth hätte man entsprechend genügend Kohle fördern können. Von 400 Schulen haben Sie 300 Schulen gesperrt. Das ist eine verlorene Zeit und die Not an Kohle rächt sich am Wissen unserer Kinder. Die Schule ist eben keine Wärmestube. Die jetzt verlorene Zeit in den Ferien einzubringen, ist ganz unmöglich. Unrichtig ist, dass Sie keine Einschränkungen im Strassenbahnverkehr durchgeführt haben. Die Intervalle wurden endlos verlängert, man musste auf einen Wagen oft bis zu 20 Minuten warten. Wie da die Bevölkerung in den Strassenbahnwagen zusammengepfertcht war, spottet aller Beschreibung. Der Hauptangeklagte Stadtrat aber ist der Stadtrat Richter, der eigentlich im Sinne der Verfassung in den Anklagezustand gehört. In den Strassen liegen grosse Schneemassen, die jeden Verkehr behindern, aber es wird nichts unternommen, um sie wegzuschaffen. Es werden überhaupt keine Schneeschaufler aufgenommen. Bei einer Begehung im III. Bezirk wurden am 21. Februar 47 Arbeiter, die mit dem Schneeaufräumen beschäftigt waren, gezählt. 27 davon aber waren städtische Strassenarbeiter. Im ganzen 5. Bezirk arbeiteten 33 Schneearbeiter und 30 Wagen wurden für die Schneeabfuhr verwendet. In Mariahilf liegt mit Ausnahme der Mariahilferstrasse der Schnee 25 Zentimeter hoch. Am Samstag und Sonntag waren dort bloss 33 Strassenarbeiter. Im X. Bezirk wurde mit zehn Streifwagen der Schnee abgeführt. Dabei besorgten die Kutscher das Aufladen. Der Bezirksvorsteher hat um Abhilfe angesucht, doch sie wurde ihm nicht gewährt. Durch die Nichtaufnahme von Schnee

schauflern haben Sie eine Sparmassnahme eingeführt, die Sie nicht vertreten können. In den Strassen und auf den Plätzen haben sich schon förmliche Gletscher gebildet, die ein grosses Verkehrshindernis sind. Sie müssen sofort die Schneemassen wegräumen lassen, wenn Sie nicht vor aller Welt kundtun wollen, dass Sie unfähig sind, eine grosse Gemeinde ordentlich zu verwalten. Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, weil es dringlichst notwendig ist, dass mit der Schande der völlig ungenügenden Schneeaufräumung sofort Schluss gemacht wird. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Wagner (E.L.) erklärt zunächst, dass die Berichterstattung über die von der Gemeinde getroffenen Massnahmen nicht nur verspätet, sondern auch ganz ungenügend ist. Bei der Kältenot von einer kosmischen Katastrophe zu sprechen, ist eine Uebertreibung der ernstesten Situation. Es ist überaus tadelnswert, dass der Gemeinderat nicht schon am letzten Freitag einberufen wurde, um über die Kältemassnahmen zu beraten. GR. Wagner polemisiert sodann ^{gegen} die Behauptung des Vizebgm. Emmerling, dass die Elektrizitätswerke und die anderen städtischen Unternehmungen genügend mit Kohle versorgt gewesen seien. Es ist nicht das Verdienst Emmerlings, dass wir an der drohenden Gefahr einer Stilllegung eines der kalorischen Werke vorbeigegangen sind. Warum hat Stadtrat Kokrda nicht darüber berichtet, was von der Gemeinde Wien für die Kohlenversorgung der Wiener Bevölkerung vorgesorgt wurde? (Beifall bei der E.L.) Die bürgerliche Regierung hat schon am 7. Februar als es auf den Nordbahnwaggons noch 40.000 Tonnen Kohle gab, sich mit der tschechoslowakischen und polnischen Regierung wegen Verbesserung der Zufuhren in Verbindung gesetzt und wenn Wien von einer grossen Kohlennot und Arbeitsnot verschont geblieben ist, so ist das das Verdienst der Regierung Seipel (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Der Redner weist sodann darauf hin, dass die Vertreter der Gemeinde ebenso wie die Vertreter der Industrie sich noch am 8. Februar sehr optimistisch über die Kohlenverhältnisse geäussert haben, wodurch viel kostbare Zeit verloren gegangen ist. Sodann bespricht er das Schreiben, das der Handelsminister an den Bürgermeister wegen Uebernahme einer Ausfallhaftung seitens der Gemeinde Wien in dem Sinne gerichtet hat, dass den Grosskohlenhändlern die Kohle zu den Regiepreisen abgenommen wird. St. R. Breitner: Für die armen Grosskohlenhändler, die heuer ein so schlechtes Geschäft gemacht haben! GR. Wagner: Nicht um die Kohlenhändler handelt es sich, sondern um die Versorgung der Bevölkerung mit Kohle! St. R. Breitner: Machen Sie ein staatliches Kohlenmonopol! natürlich, wir werden alles in ~~der~~ kommunistische Bahnen lenken. Wenn wir von Häuserbau reden, wirft man uns Fürsorge für die Hausherrn vor und wenn wir von der Hebung der Kohlennot sprechen, wirft man uns Fürsorge für die Kohlenhändler vor. Die Wihoko hat den Kohlenpreis auf zehen Schilling pro hundert Kilogramm gestellt. (Stadtrat Breitner: Wie ist die

Preisspannung?)Der Preis ist näher dem der Ruhrkohle. Von der Wihoko wird das Risiko auf die Konsumenten, auf die Notleidenden abgewälzt. (Beifall bei der E.L.) Der Redner spricht schliesslich über die Strassensäubung und wendet sich gegen die Bemerkung des Stadtrates Richter, dass die Wiener Strassen rein seien, Er bezeichnet diese Bemerkung als frivol und erklärt schliesslich, seine Partei könne die Berichte der Stadträte wegen ihrer Unvollständigkeit, Verspätung und Unaufrichtigkeit nicht zur Kenntnis nehmen (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Dr. Motzko (E.L.) beschränkt sich zunächst darüber, dass der Ausschuss III, der in dieser argen Zeit grosse Arbeit zu leisten gehabt hätte, durch 6 Wochen nicht einberufen wurde. (Hört! Hört! bei der E.L.) Sie bespricht sodann den Bericht des St. R. Tandler und verweist zunächst gegenüber der Erklärung des St. R. Tandler, dass 36.000 Speisemarken ausgegeben worden seien, darauf, dass es in Wien 43.000 regelmässig unterstützte Arme und 90.000 Arbeitslos gibt. Lebensmittelpakete sind in einzelnen Bezirken überhaupt nicht ausgegeben worden, in anderen werden Anweisungen zur Abholung solcher Pakete in den sozialistischen Konsumvereinen ausgegeben. (Hört! Hört! bei der E.L.) So macht man aus dieser Aktion eine Parteiaktion. Die ausgegebenen Schuhe müssen hauptsächlich bei der Göz bezogen werden, das heisst, Sie füttern Ihre Organisationen mit Gemeindemitteln auf (Zustimmung bei der E.L.) Der Betrag für Textilien ausgegebene Betrag ist gewiss hoch aber welche Bestände wurden angeschafft und wieviele Textilien wurden ausgegeben. Dass Geldaushilfen gegeben wurden ist gewiss dankenswert, es war aber auch schon angesichts der minimalen Erhaltungsbeiträge höchste Zeit. Dass es in einer Teil des Obdachlosenheimes Betten gibt ist zu begrüssen, aber gerade auf diesem Gebiet ist viel vernachlässigt worden. In Berlin ist zum Beispiel ein grosser Teil des Obdachlosenheimes als Familienheim eingerichtet. Es gibt freie Betten im Obdachlosenheim, weil die Leute ein Grauen vor dem Britischensystem haben. Die Wärmestube ist erst über unser Drängen eröffnet worden, ebenso ist die Einrichtung der warmen Tagessäle für Kinder auf unser Drängen zurückzuführen. Die Rednerin beklagt sich ferner darüber, dass im 2. Bezirk christlichsoziale Fürsorgegeräte keine Kohlenzettel zur Verfügung erhalten und dass die Befürsorgter um die Kohle zu den Wihokosteller gehen müssen. Die erhöhten Kohlenpreise der Wihoko, deren grösste Abnehmerin die Armenfürsorge der Gemeinde ist, werden aus den Armenmitteln der Gemeinde bezahlt (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Ullreich (E.L.) bemerkt, dass die Schneesäubung heute viel schlechter/als in den kriegszeiten.

Die Zahl der hier angegebenen Schneearbeiter kann nicht stimmen. Sonst könnten die Strassen nicht so erbärmlich ausschauen. Redner bespricht dann ausführlich die Strassenverhältnisse im Liebhartsthal, die er als eine Schande bezeichnet. Die Galitzinstrasse gleicht einer Eisbahn. Es hat vier Tage gedauert, bis aufgestreut wurde. Bei dem grossen Schneefall hat man dieses Gebiet überhaupt vergessen. Solche Zustände waren noch niemals. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Pfeiffer (E.L.) bemängelt, dass sein Dringlichkeitsantrag nicht verlesen wurde und dass der Gemeinderat nicht sofort, als Notverfügungen getroffen werden mussten, einberufen worden ist. Gegen diese Missachtung der Rechte des Gemeinderates müssten sich auch die Mitglieder der Mehrheit wenden. Redner befasst sich ausführlich mit den von der Gemeinde durchgeführten Kältefürsorgemasnahmen. Es hat manches nicht geklappt. So sind in der Josefstadt in eine Schule, die als Aufenthaltsort für arme Kinder geöffnet blieb, nur 8 Kinder gekommen, dafür aber 32 Lehrpersonen. Die Strassenbahn hätte müssen einen verstärkten Verkehr durchführen. Die Strassenreinigung ist über den normalen Betrieb nicht hinausgegangen. Schliesslich wünscht GR. Pfeiffer Aufklärung über die von verschiedenen Zeitungen gemeldete Hochwassergefahr.

GR. Zimmerl (E.L.) erklärt, dass die Mehrheit es durch eine geschickte Taktik dazu gebracht hat, dass die Angeklagten zuerst das Wort ergriffen haben. Vor allem muss festgestellt werden, dass die Sozialdemokratische Gemeindeverwaltung die Wohltätigkeit umgebracht hat. Die öffentliche Fürsorge kann allein die Not nicht lindern. Tatsache ist, dass Sie die Kohlenversorgung vernachlässigt haben. Sie haben das Zillingdorfer und das Ybbstalerwerk eingestellt, weil Sie unfähig sind, solche Betriebe zu führen. Die Bevölkerung muss das nun zweimal hüssen. Sie muss für die verlorenen Milliarden aufkommen und leidet jetzt unter der Kohlennot. Sie waren auch nicht im Stande, in normalen Zeiten einen zureichenden Strassenbahnverkehr zu führen. Jetzt aber ist der ganze Strassenbahnverkehr ein Riesenskandal geworden. Genau so ist es beim Autobusverkehr, auf den wir die längste Zeit warten mussten, weil sich die Arbeiterpartei nicht mit der Arbeiterschaft verständigen konnte. Sie wollen auch davon nichts wissen, den Arbeitslosen eine Arbeit zu verschaffen. Sie nehmen einfach keine Schneeschaufler auf. Was Ihnen die Schneeschaufler mehr kosten, ersparen Sie an der eingestellten Bauarbeit. Wir können die Berichte der amtsführenden Stadträte nicht zur Kenntnis nehmen, vielmehr müssen wir es bedauern, dass diese über eigentliche Notstandsmaßnahmen nichts zu berichten haben. (Beifall bei der Minderheit).

Zunächst erwidert St. R. Richter. Er erklärt, dass es jetzt gar keinen Zweck hat, Schneeschaufler aufzunehmen, da der Schnee nur soweit abgeräumt werden kann, als es die Wasserverhältnisse in den Kanälen erlauben. Die Schneefahrt

wurde schon derart forciert, dass sich Kanalschächte verstopft haben und mit Salz aufgetaut werden müssen. Die Nichtaufnahme der Schneearbeiter erfolgt also keineswegs aus irgendwelchen fiskalischen Gründen. Was die Hochwassergefahr anlangt, darf man die Bevölkerung nicht beunruhigen. Es hat heute das Zentralkomitee für Ueberschwemmungsangelegenheiten getagt und dabei wurde festgestellt, dass alles vorgekehrt worden ist, was vorgekehrt werden muss. Die geschäftsführende Stelle ist das Donaustrombauamt. Wenn wirklich eine Ueberschwemmung eintreten sollte, wird sie mit allen geeigneten Mitteln bekämpft werden. (Beifall bei der Mehrheit).

Vizebgm. Emmerling betont, dass die städtischen Strassenbahnen am 16. Februar 6520 und am 17. Februar 7730 Schneeschaufler beschäftigt haben. Am selben Tag waren in Wien grosse Schneeverwehungen, trotzdem musste keine Linie eingestellt werden. Die Zeitungen aber meldeten aus Berlin, dass die dortige Strassenbahn und Stadtbahn stillstand, dass in Frankfurt am Main der gesamte Verkehr durch den Schnee stillgelegt wurde und die österreichischen Bundesbahnen mussten sogar 83 Züge einstellen. Bei den städtischen Strassenbahnen wurden alle Arbeitslosen aufgenommen, die sich zu den Schneearbeiten meldeten. In Wien sind nicht nur alle städtische Schulen gesperrt, auch der Hochschulbetrieb steht still und auch viele Mittelschulen sind gesperrt. Wir haben der Industrie die Kraftstromabgabe nicht gedrosselt. Wir geben von 7'30 Uhr bis 15 Uhr der Industrie jede gewünschte Menge von Kraftstrom. Uebrigens wird diese Massnahme vom Dienstag an wieder aufgehoben. Wir könnten eigentlich schon alle Sparmassnahmen aufheben, aber man weiss nicht, was noch kommt. Wir müssen daher auch heute noch in Sorge sein, im Laufe der nächsten Tage werden wahrscheinlich auch die Schulen wieder betrieben werden, da wir über genügenden Kohlenvorrat verfügen. (Beifall bei der Mehrheit).

In seinem Schlusswort erklärt S. Tandler dass die Fürsorge ohne jede parteipolitische Agitation betrieben wird. Er beschäftigt sich dann mit den Vorwürfen der Opposition. Im Obdachlosenheim sind deswegen Betten frei, weil viele Leute die Wärmestuben vorziehen. Diese waren übrigens früher bei Tag offen, heute aber werden sie über die Nacht offengehalten. Die Kohle für die Kohlenaktie bezieht die Gemeinde deswegen bei der Wihoko, weil diese die Kohle billiger liefert. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit).

Nach einigen tatsächlicher Berichtigungen wird der Antrag Rummelhardt der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

Der Gemeinderat erledigt nun die übrige Tagesordnung. Der Bürgermeister stellt fest, dass die Vorlage über die Russlandhaftung ohne Fortmeldung genehmigt wurde. Es berichtet nun Vizebürgermeister Emmerling über die Aenderung

des Kohlenvorrats. Vizebürgermeister Emmerling betont, dass die städtischen Strassenbahnen am 16. Februar 6520 und am 17. Februar 7730 Schneeschaufler beschäftigt haben, am selben Tag waren in Wien grosse Schneeverwehungen, trotzdem musste keine Linie eingestellt werden. Die Zeitungen aber meldeten aus Berlin, dass die dortige Strassenbahn und Stadtbahn stillstand, dass in Frankfurt am Main der gesamte Verkehr durch den Schnee stillgelegt wurde und die österreichischen Bundesbahnen mussten sogar 83 Züge einstellen. Bei den städtischen Strassenbahnen wurden alle Arbeitslosen aufgenommen, die sich zu den Schneearbeiten meldeten. In Wien sind nicht nur alle städtische Schulen gesperrt, auch der Hochschulbetrieb steht still und auch viele Mittelschulen sind gesperrt. Wir haben der Industrie die Kraftstromabgabe nicht gedrosselt. Wir geben von 7'30 Uhr bis 15 Uhr der Industrie jede gewünschte Menge von Kraftstrom. Uebrigens wird diese Massnahme vom Dienstag an wieder aufgehoben. Wir könnten eigentlich schon alle Sparmassnahmen aufheben, aber man weiss nicht, was noch kommt. Wir müssen daher auch heute noch in Sorge sein, im Laufe der nächsten Tage werden wahrscheinlich auch die Schulen wieder betrieben werden, da wir über genügenden Kohlenvorrat verfügen. (Beifall bei der Mehrheit).

In seinem Schlusswort erklärt S. Tandler dass die Fürsorge ohne jede parteipolitische Agitation betrieben wird. Er beschäftigt sich dann mit den Vorwürfen der Opposition. Im Obdachlosenheim sind deswegen Betten frei, weil viele Leute die Wärmestuben vorziehen. Diese waren übrigens früher bei Tag offen, heute aber werden sie über die Nacht offengehalten. Die Kohle für die Kohlenaktie bezieht die Gemeinde deswegen bei der Wihoko, weil diese die Kohle billiger liefert. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit).

Nach einigen tatsächlicher Berichtigungen wird der Antrag Rummelhardt der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Die Berichte werden zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat erledigt nun die übrige Tagesordnung. Der Bürgermeister stellt fest, dass die Vorlage über die Russlandhaftung ohne Fortmeldung genehmigt wurde. Es berichtet nun Vizebürgermeister Emmerling über die Aenderung des Kohlenvorrats. Vizebürgermeister Emmerling betont, dass die städtischen Strassenbahnen am 16. Februar 6520 und am 17. Februar 7730 Schneeschaufler beschäftigt haben, am selben Tag waren in Wien grosse Schneeverwehungen, trotzdem musste keine Linie eingestellt werden. Die Zeitungen aber meldeten aus Berlin, dass die dortige Strassenbahn und Stadtbahn stillstand, dass in Frankfurt am Main der gesamte Verkehr durch den Schnee stillgelegt wurde und die österreichischen Bundesbahnen mussten sogar 83 Züge einstellen. Bei den städtischen Strassenbahnen wurden alle Arbeitslosen aufgenommen, die sich zu den Schneearbeiten meldeten. In Wien sind nicht nur alle städtische Schulen gesperrt, auch der Hochschulbetrieb steht still und auch viele Mittelschulen sind gesperrt. Wir haben der Industrie die Kraftstromabgabe nicht gedrosselt. Wir geben von 7'30 Uhr bis 15 Uhr der Industrie jede gewünschte Menge von Kraftstrom. Uebrigens wird diese Massnahme vom Dienstag an wieder aufgehoben. Wir könnten eigentlich schon alle Sparmassnahmen aufheben, aber man weiss nicht, was noch kommt. Wir müssen daher auch heute noch in Sorge sein, im Laufe der nächsten Tage werden wahrscheinlich auch die Schulen wieder betrieben werden, da wir über genügenden Kohlenvorrat verfügen. (Beifall bei der Mehrheit).

eines Gemeinderatsbeschlusses bezüglich eines Investitionskredites der städtischen Gaswerke. Es wurden damals insgesamt neun Millionen Schilling Investitionen auf den Dollarkredit verwiesen. Es handelt sich um die Anschaffung von Gasmeslern, Gebläseanlagen und anderen technischen Einrichtungen. Es wurde aber im Vorjahr nur ein Teil dieses Kredits in Anspruch genommen und nun soll ein Betrag von 5,069.000 Schilling aus den Betriebsmitteln in der Höhe der Wertabschreibungsrücklage genommen werden.

GR. Zimmerl (E.L.) meint, dass man aus diesem Antrag nicht recht klug werde. Er stellt die Frage, ob diese fünf Millionen aus Betriebsmitteln oder aus der Wertabschreibungsrücklage genommen werden. Diese Machinationen wird niemand verstehen und die Minderheit kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Vielleicht wird man auch bei den städtischen Unternehmungen noch eine ordentliche Gebarung erzwingen.

Vizebgm. Emmerling entgegnet, dass es sich um gar keine Verschleierung oder Machination handelt. Alle Beschlüsse wurden vom Gemeinderat gefasst. Es hat sich gezeigt, dass der im Antrag vorgesehene Betrag aus Betriebsmitteln genommen werden kann, weshalb heute der Gemeinderat den Beschluss fassen soll, diese Summe nicht aus der Dollaranleihe, sondern eben aus Betriebsmitteln zu nehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass auch der Antrag auf die Errichtung eines Wohnhausbaues in Hernals, Comeniusgasse-Roggendorfgasse-Wattgasse ohne Wortmeldung angenommen wurde.

Es gelangt nun der letzte Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung.

GR. Weigl beantragt der Lebensmüdenstelle der Ethischen Gemeinde, die eine sehr erspriessliche Tätigkeit entfaltet, eine Subvention von tausend Schilling zu bewilligen.

GR. Stöger (E.L.) erklärt, dass das Problem der Lebensmüden nicht mit Subventionen zu lösen ist. Die Gemeindeverwaltung nimmt der Jugend den letzten sittlichen Halt, sie stiehlt ihr die Religion aus dem Herzen. Der Selbstmord ist ein schweres Verbrechen. Die tausend Schilling sind kaum eine Geste. Die Gemeindeverwaltung darf nicht mehr länger mithelfen, dass ein freidenkerischer Klüngel unserer Jugend den notwendigen sittlichen Halt raubt. Der Redner verlangt mit Nachdruck, dass die Gemeindeverwaltung der planmässigen Entchristlichung der Jugend energisch Einhalt gebietet. (Beifall bei der Minderheit).

Der Referent entgegnet, dass gegen den Antrag selbst nichts eingewendet wurde, worauf der Antrag angenommen wird.

Schluss der Sitzung 22:10 Uhr.